

# "Religionsfreiheit" Thema für katholischen Weltfriedenstag 2011

Rom/Italien, 14.07.2010/APD Der Weltfriedenstag der katholischen Kirche am 1. Januar 2011 steht unter dem Motto: „Religiöse Freiheit, der Weg zum Frieden“. Papst Benedikt XVI. erinnert mit diesem Leitwort an die Bedrohung der religiösen Freiheit in vielen Teilen der Welt und weist auf den engen Zusammenhang zwischen dem Schutz der Religionsfreiheit und dem Frieden hin.

Die religiöse Freiheit unterliege in manchen Teilen der Welt Einschränkungen oder werde gänzlich verneint, heißt es in der Begründung. Diese Einschränkungen reichten etwa von einer religiösen Diskriminierung und Ausgrenzung bis hin zu Gewalt gegen religiöse Minderheiten. Dabei könne Religionsfreiheit als die „Freiheit aller Freiheiten“ bezeichnet werden, heißt es in dem Vatikan Schreiben. Sie sei ein Grundrecht, das den Horizont von Menschlichkeit und Freiheit weite. Zudem erlaube die Religionsfreiheit eine tiefe Beziehung mit einem selbst, mit anderen und mit der Welt.

Es sei nicht hinnehmbar, dass Gläubige ihre Religion unterdrücken müssten, um in der Gesellschaft als Bürger behandelt zu werden, ist in der Aussendung zu lesen. Eine Leugnung Gottes dürfe nicht die Voraussetzung für die Zuerkennung von Rechten sein. Die religiöse Freiheit müsse insbesondere dort geschützt werden, wo sie im Konflikt mit säkularen Ideologien oder einer religiösen Mehrheit stehe, die einen Alleinvertretungsanspruch habe, heißt es darin weiter.

Die religiöse Freiheit gründe in der Menschenwürde, erläutert das Schreiben. Alles, was gegen die Menschenwürde verstoße, sei nicht mit der religiösen Freiheit vereinbar. Ihre

Gewährleistung sei überdies ein entscheidendes Kriterium für die Beurteilung religiöser Phänomene. Der Grundgedanke von Religionsfreiheit versage Fundamentalismus klar den Anspruch auf „Religiosität“, gleiches gelte auch für die Manipulation und Instrumentalisierung der Wahrheit.

Bereits im März dieses Jahres verlangte der ständige Vertreter des Vatikans bei den Vereinten Nationen, Erzbischof Silvano Tomasi, in einer Rede vor der 13. Tagung des Rates für Menschenrechte in Genf, von den UN-Mitgliedsstaaten, dass „die Verteidigung der Religionsfreiheit oberstes Gebot werden muss“. Er rief die Regierungen dazu auf, „das Recht auf Religionsfreiheit in allen seinen Bereichen zu fördern und zwar durch die nationale Gesetzgebung einschließlich angemessener Strafen bei Missachtung, damit Straflosigkeit auf wirksame Weise bekämpft wird“. Der Staat trage Verantwortung für den Schutz der Rechte aller Einwohner und so lange der Staat nicht in der Lage oder nicht willens sei, einen wirksamen juristischen Schutz für alle Bürger zu garantieren, „wird die fortwährende Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten die Welt weiterhin belasten und die Menschenrechte aller mindern,“ sagte Erzbischof Tomasi.

Nach Angaben des vatikanischen UNO-Beobachters lebten rund 70 Prozent der 6,8 Milliarden Einwohner der Weltbevölkerung in Ländern, in denen es große Einschränkungen bei der Religionsfreiheit gebe, was sich vor allem zu Lasten der religiösen Minderheiten auswirke.

Der Weltfriedenstag wurde von Papst Paul VI. (1963-1978) ins Leben gerufen und erstmals 1968 begangen. Im Dezember 1967 wandte sich Paul VI. mit einer Friedensbotschaft an die Welt und legte den ersten Januar als Weltfriedenstag der römisch-katholischen Kirche fest. Zu diesem Anlass wenden sich die Päpste seither mit einer Botschaft des Friedens an die Öffentlichkeit.

Die diesjährige Botschaft zum Weltfriedenstag trägt den Titel

„Willst Du den Frieden fördern, so bewahre die Schöpfung“. Papst Benedikt XVI. hat darin die Weltgemeinschaft zu einer radikalen ökologischen Wende und zu einem erneuerten „Bund zwischen Mensch und Umwelt“ aufgerufen. Es gelte, zu einem neuen Lebensstil zu finden und die „Logik des Konsums“ hinter sich zu lassen.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!